

Austauschvorlage

Antrag
für den
Rat
am 16. Dezember 2022

Ina Jacobi

Geschäftsführerin
Organisation & Verwaltung

Fraktionsbüro im Neuen Rathaus
Hiroshimaplatz 1-4
Tel.: +49 (551) 400 2785
Grueneratsfraktion@goettingen.de /
i.jacobi@goettingen.de
www.gruene-goettingen.de/stadtrat

Göttingen, 15. Dezember 2022

Sofortige Winternothilfe für wohnungslose Frauen

Der Rat möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, für von Obdachlosigkeit bedrohten oder obdachlosen Frauen und ihren Kindern in diesem Winter und perspektivisch darüber hinaus ein warmes Dach über dem Kopf und Ansprechpartnerinnen zu bieten.

Konkret bitten wir die Oberbürgermeisterin

a. Kurzfristig:

1. Schnellstmöglich bis mindestens Ende der Heizperiode (30. April) ein ausreichendes Kontingent an Hotelzimmern, Pensionszimmern oder anderen Einzel-Unterkünften für eine traumasensible Tag- und Nacht-Unterbringung für Frauen bereit zu stellen, die von Obdachlosigkeit bedroht sind oder für Wohnungs- bzw. obdachlose Frauen (auch mit Kindern und/oder Tieren) und eine Ansprache durch Sozialarbeiterinnen oder andere Ansprechpartnerinnen zu organisieren.
2. Eine telefonische 24-Stunden-Erreichbarkeit für die Unterbringung von Frauen zusammen mit den in der Obdachlosenhilfe und im Gewaltschutz tätigen Einrichtungen aufzubauen und die Kommunikationswege zwischen diesen Einrichtungen und der Stadtverwaltung zuverlässig auszubauen.
3. Zu prüfen, ob Mitarbeiterinnen des Sicherheitsdienstes, mit dem das GWG Veranstaltungsmanagement zusammenarbeitet, als Security für die Frauenunterkünfte gewonnen werden können (Baustein zur Fachkräftegewinnung kann das Angebot einer Erschwerniszulage sein).
4. Den Runden Tisch *Wohnungslosigkeit – Menschen ohne Bleibe* wiedereinzusetzen und vorrangig die verdeckte Frauenwohnungslosigkeit zusammen mit Fraueneinrichtungen und Expert*innen zu analysieren und zugleich Wege suchen, wie Betroffene einbezogen werden können.

b. Mittelfristig: Das Housing First-Konzept zügig nach Göttingen zu holen und dabei vor allem ein angemessenes Kontingent für Frauen einzuführen.

c. Langfristig: In Gesprächen mit Vertreter*innen der Wohnungswirtschaft eine verbindliche Quote der geförderten Sozialwohnungen an Menschen zu vermieten, die aufgrund ihrer sozialen Situation ansonsten keine Chance auf eine annehmbare eigene Wohnung haben (vgl. Antrag GöLinke vom 18.12.2020)

Begründung:

Der Winter ist da. Für von Obdachlosigkeit bedrohte oder obdachlose Frauen und ihre Kinder ist das ein existenzielles Problem.

Zu a) Der Fachtag "Frauen.Wohnen.Unsichtbar" am 12. Oktober 2022 hat einen offenen Brief hervorgebracht (Anlage), der dem Sozialausschuss in seiner Novembersitzung vorgestellt wurde. Nach einer intensiven Debatte im Sozialausschuss der Stadt Göttingen am 13. Dezember 2022 ist deutlich geworden, dass es ein Kommunikations- und Vermittlungsproblem zwischen den Akteur*innen der Obdachlosenhilfe in der Stadt Göttingen gibt. Frauen in Not kommen nicht in der städtischen Übergangsunterkunft an, da diese geschlechtergemischte Einrichtung mit Mehrbettzimmern für sie nicht annehmbar ist. Folglich findet keine weitere Vermittlung in andere städtische (Frauen-) Wohnungen statt. Die Frauen bleiben größtenteils unsichtbar. Die vorhandenen Hilfen erreichen sie nur schwer.

Die Zahl der wohnungs- und obdachlosen Frauen wird von Göttinger Akteur*innen auf bis zu 330 geschätzt. Eine Einrichtung versorgt ca. 60 Frauen dauerhaft. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Wohnungslosenhilfe geht davon aus, dass ca. 30% der Wohnungslosen Frauen sind.

1. Deshalb Hotelzimmer mit Ansprache als Soforthilfe: Wohnungs- und obdachlose Frauen brauchen traumasensible, geschützte (Einzel-)Räume und zusätzlich eine frauenspezifische Ansprache, Versorgung und Begleitung/ Betreuung. Eine gemeinsame Unterbringung mit Männern ist oft eine unüberwindbare Barriere. Das Prinzip der vorbeugenden Hotelbuchung ist in Göttingen erprobt: Jedes Jahr kommen so einige Erstsemester-Studierende in der Stadt Göttingen an. Gerade in den kalten Monaten kann das ein geeigneter Weg sein, auch obdachlosen Frauen ein lebenssicherndes Dach über dem Kopf zu bieten.

2. Deshalb eine 24/7 Hotline: Wohnungs- und obdachlose Frauen brauchen eine traumasensible, frauenspezifische Ansprache. Sie soll die Unterbringung und Versorgung betroffener Frauen verbessern. Der Aufbau einer Hotline soll auch die Kommunikation zwischen den Akteur*innen verbessern, indem Informationswege beschrieben werden und die Kommunikation zwischen Einrichtungen und Stadtverwaltung verbessert wird. Hierbei sollen alle in der Stadt im Thema Obdachlosigkeit/drohender Obdachlosigkeit aktiven Akteur*innen mit eingeladen werden.

3. Deshalb eine andere Form von Sicherheitsdienst: Männliche Betreuer oder Security-Dienste sind oft unüberwindbare Barrieren.

4. Deshalb ein aktiver Runder Tisch *Wohnungslosigkeit – Menschen ohne Bleibe* mit dem Schwerpunkt *Frauen*: Gerade, weil keine verlässlichen Zahlen vorliegen, sind die Erfahrungen der verschiedenen Akteur*innen der Obdachlosenhilfe und eine gute Zusammenarbeit Grundlage, um die Frauen überhaupt erreichen zu können. Die Unterschiedlichkeit der Frauen muss erkannt und berücksichtigt werden.

Zu b) Die rot-grüne Landesregierung verfolgt das Ziel, das Housing-First-Konzept in den Kommunen zu verankern. Wir sollten diesen Weg, der auf der Annahme beruht, dass Wohnen ein Menschenrecht ist, konsequent gehen. "Eine eigene Wohnung dient als Schutzraum und ist die Basis für eine erfolgreiche Lebensbewältigung." Housing First beruht auf den Prinzipien: Verbesserung der Gesundheit, Wahlfreiheit und Entscheidungsmöglichkeiten, Flexible Hilfen so lange wie nötig, Trennung von Wohnen und Betreuung, Personenbezogene Hilfeplanung, Schadensbegrenzung, Aktive Beteiligung ohne Druck und Zwang (vgl. <https://www.housingfirst.berlin/projekt>)

Housing First ist erfolgreich: "Dabei verbessert sich nicht nur der Gesundheitszustand der Programmteilnehmer[*innen], auch der Alkoholkonsum und die Kriminalitätsrate sinken, während die Bereitschaft für Therapieangebote steigt. Für die Gemeinden bedeutet dies auch eine signifikante Kostenreduktion durch Rückgang von Inhaftierungen, aber vor allem durch die sinkende Nutzung von Rettungsdiensten und anderen medizinischen Versorgungsleistungen. „Selbst, wenn man die Ausgaben für die Unterkunft miteinbezieht, halbierten sich die Gesamtkosten.“

(vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Housing_First)